

Enquete-Kommission im Rahmen einer Sondersitzung vor Ort in Greifswald

19.09.2025



Vortrag bei der Stadtwerke Greifswald © Landtag MV

Sondersitzung der Enquete-Kommission: Exkursion nach Greifswald

Die Sondersitzung am 19. September 2025 bestand aus zwei Teilen. Zum einen informierten sich die Mitglieder der Enquete-Kommission vor Ort über die Gestaltung öffentlicher Treffpunkte unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie grundsätzliche Herausforderungen der Kinder- und Jugendarbeit in Greifswald allgemein und in Schönwalde im Speziellen. Im zweiten Teil wurde das Rufbussystem „Friedrich“ vorgestellt und Probleme der jugendgerechten Mobilität erörtert.

Jugendarbeit im Stadtteil Schönwalde

Zu Beginn der Sondersitzung am 19. September 2025 in Greifswald unternahmen die Abgeordneten gemeinsam mit der ehrenamtlichen Kinderbeauftragten Cassandra Engel einen Spaziergang durch den Greifswalder Stadtteil Schönwalde. Die Ernennung zur ehrenamtlichen Kinderbeauftragten erfolgte durch die Greifswalder Bürgerschaft. In dieser Funktion ist sie die Kontaktperson für Vereine und Initiativen, deren Ziel die Stärkung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist.

Ihr übergeordnetes Ziel ist es, mit den Greifswalder Kindern und Jugendlichen im Austausch zu

bleiben. Dabei folgt sie immer dem Credo, Jugendliche nicht zu verlieren, sondern zu integrieren.

Als erster Programmpunkt stand die Besichtigung der Jugendlounge im Schönwalde-Center auf dem Plan. Die Jugendlounge wurde aufgrund von Nutzungskonflikten im Einkaufszentrum eingerichtet, da sich viele Jugendliche insbesondere bei schlechtem Wetter dort aufhielten. Das Center-Management reagierte jedoch nicht mit Platzverweisen, sondern stellte den Jugendlichen einen Raum zur Verfügung, den sie nach ihren Bedürfnissen nutzen und gestalten können.

Als zweiten Programmpunkt ging es danach zur Besichtigung des Spielplatzes in der Pappelallee. Dieser ist das Ergebnis eines Beteiligungsprojektes, in das Kinder von Beginn an über die gesamte Bauphase eingebunden waren. Eine wichtige Rolle spielten dabei Kitas, Grundschulen und Auszubildende aus dem unmittelbaren Einzugsbereich. Den Kitas und Grundschulen wurden Baumaterialien bereitgestellt bzw. sie wurden darüber informiert, sodass sie Modelle des künftigen Spielplatzes erstellen konnten.

Der letzte Programmpunkt des Spaziergangs war ein Container, der zum Teil von den Jugendlichen selbst verwaltet und seit zwei Jahren genutzt wird. Er besitzt weder Licht noch Strom, dafür aber feste Tische und Bänke. Inzwischen ist sein Zustand jedoch wenig einladend. Aufgrund von Beschwerden von Anwohnern über die Lautstärke vor Ort wird diskutiert, ob der Container bleiben darf. Laut Cassandra Engel handelt es sich hierbei um einen Generationskonflikt mit den angrenzenden Nachbarn.

Mit dem Rufbussystem zu mehr Flexibilität

Im zweiten Tagesordnungspunkt der Sondersitzung bei den Stadtwerken Greifswald ging es darum, sich über das Rufbussystem "Friedrich" zu informieren, wobei der Geschäftsführer der Stadtwerke, Henrik Umnus, den Abgeordneten zu Beginn seines Vortrags erklärte, dass die Stadt Greifswald in den vergangenen Jahren den Fokus auf die Verbesserung des Radverkehrs gelegt hat, jedoch nicht unbedingt auf den Ausbau des ÖPNV.

Und dass, obwohl täglich z.B. 7.000 Schülerinnen und Schüler zu den Schulen pendeln, was den öffentlichen Personennahverkehr vor erhebliche Herausforderungen stellt.

Positiv hervorgehoben wurde von Herrn Umnus, dass den Kindern und Jugendlichen mittlerweile Echtzeitdaten des ÖPNV über eine App zur Verfügung gestellt werden. So können die Schüler und Schülerinnen bei Problemen im Nahverkehr ihre Eltern informieren. Der nächste Schritt wäre dann das bargeldlose Bezahlen mit der App. Dann hätten die Eltern die Möglichkeit, Geld auf das Konto in der App einzuzahlen, von dem aus die Kosten für das Schülerticket abgebucht werden.

Laut Herrn Umnus stellt die Überwachung der digitalen Tickets eine Schwierigkeit dar, da es beispielsweise schwierig ist, Bildschirmfotos von Tickets zu unterbinden. Hierfür seien Investitionen in weitere Digitalisierung und Infrastruktur nötig, um Missbrauch zu verhindern.

Außerdem berichtet der Geschäftsführer, dass die Zuweisung von Geldern durch das Land Mecklenburg-Vorpommern für den Ausbildungsverkehr bei 50.000 Euro eingefroren wurde. Dieser Betrag stammt jedoch aus den 1990er Jahren und würde bei Weitem nicht mehr ausreichen, da sich die Preise seitdem erheblich verändert haben.

Alles in allem waren es wichtige Eindrücke, die die Kommissionsmitglieder für ihre Arbeit im Themenbereich Infrastruktur, Mobilität und jugendgerechte Lebensräume mitnehmen konnten. Die Teilnehmenden bedanken sich noch einmal für den offenen und regen Austausch.